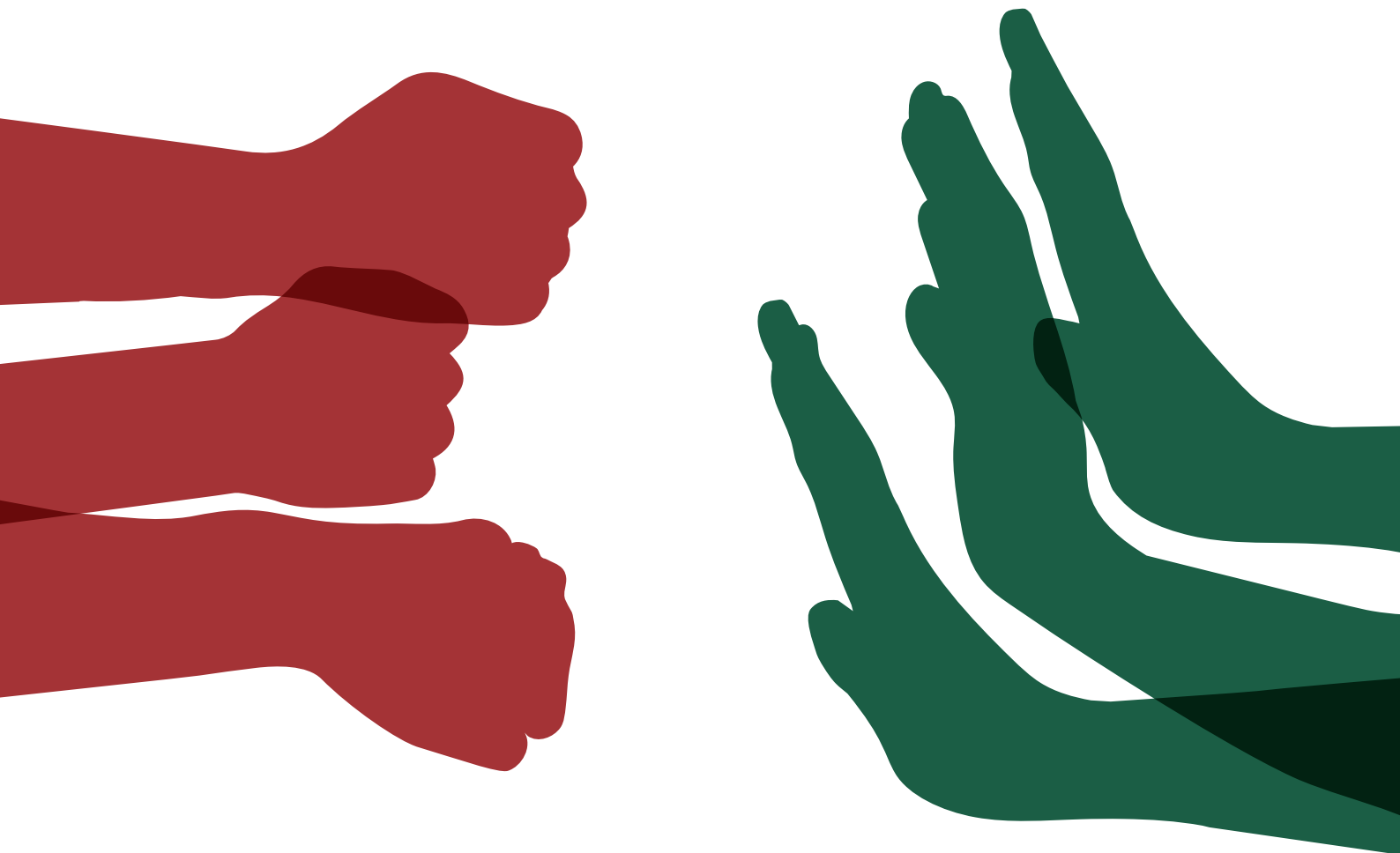


DeZIM Research Notes +

DRN #10 | 22 Berlin, den 18. Mai 2022

Bedrohte Zivilgesellschaft

Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Die DeZIM Research Notes sind wissenschaftliche Beiträge, die Ergebnisse aus Projekten des DeZIM-Instituts und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft präsentieren. Zur Qualitätssicherung werden sie von den zuständigen Abteilungsleitungen des DeZIM begutachtet und durchlaufen ein Peer-Review-Verfahren. Die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen durch das DeZIM steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form ausdrücklich nicht entgegen.

DeZIM Research Notes +

DRN #10 | 22 Berlin, den 18. Mai 2022

Bedrohte Zivilgesellschaft

Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

INHALT

Zusammenfassung.....	01
Abstract.....	01
Zentrale Ergebnisse	02
<hr/>	
1. Zivilgesellschaft unter Druck.....	03
2. Methodik	06
3. Arten und Auswirkungen von Bedrohungslagen	08
4. Bewältigungsstrategien.....	15
5. Unterstützungsbedarfe	18
6. Fazit und Empfehlungen.....	21
<hr/>	
Literaturverzeichnis.....	23
Über die Autor*innen	26

Bedrohte Zivilgesellschaft

Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Moritz Sommer und Nora Ratzmann¹

ZUSAMMENFASSUNG

Die Research Note setzt sich mit den unterschiedlichen Bedrohungslagen auseinander, mit denen sich zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland konfrontiert sehen, die im Bereich der Antirassismuserbeit und der demokratischen Teilhabe aktiv sind. Auf Grundlage quantitativer und qualitativer Daten zeigen wir, dass konkrete Bedrohungserfahrungen wie physische Angriffe, Diffamierungen und *Hatespeech* in sozialen Medien ebenso wie diffuse Bedrohungswahrnehmungen zum Arbeitsalltag gehören. Die Bedrohungslagen führen zu hohen psychischen und emotionalen Belastungen der Projektmitarbeiter*innen, beeinträchtigen Arbeitsprozesse und binden ohnehin knappe finanzielle und zeitliche Ressourcen. In der Konsequenz haben die Bedrohungen das Potenzial, demokratisches Engagement nachhaltig zurückzudrängen. Allerdings haben prodemokratische zivilgesellschaftliche Organisationen eine große Bedeutung für die demokratische Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Daher brauchen sie umfassende politische und gesellschaftliche Unterstützung.

Schlagwörter: *Bedrohungslagen; Zivilgesellschaft; Vielfalt; Demokratie; Shrinking Spaces; Deutschland*

ABSTRACT

This Research Note examines the various threats that civil society organizations active in the field of anti-racism work and democratic participation are confronted with in Germany. Based on quantitative and qualitative data, we show that threatening experiences such as physical attacks, defamation and hate speech in social media are as much a part of everyday work as a more subtle climate of fear. Threats lead to high psychological and emotional stress for project staff, impair their work and tie up already scarce financial and time resources. There is a danger that the threats will permanently reduce democratic engagement. However, pro-democracy civil society organizations are of great importance for democratic culture and social cohesion in Germany. They therefore need comprehensive political and social support.

Keywords: *shrinking spaces; civil society; diversity; threats; democracy; Germany*

¹ Beide Autor*innen haben im Sinne gleichrangiger Erstautor*innen an dieser Research Note gearbeitet. Wir bedanken uns bei Mirjam Weiberg-Salzmann, Olaf Kleist, Sabrina Zajak, Elias Steinhilper, Philipp Srama und Till Sträter für die Unterstützung und für das wertvolle Feedback, ebenso wie bei den Studienteilnehmer*innen für ihre Teilnahme und ihr Vertrauen.

ZENTRALE ERGEBNISSE

- Zivilgesellschaftliche Institutionen stehen unter Druck – auch in Deutschland. Insbesondere Initiativen, die sich im Bereich Antirassismus und gesellschaftliche Vielfalt engagieren, sind Bedrohungen ausgesetzt.
- Die wissenschaftliche Debatte um „Shrinking Spaces“ fokussiert bislang auf staatliche Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume. Aber auch nichtstaatliche Akteure bedrohen die Zivilgesellschaft und beeinträchtigen so ihre Arbeit. Unsere Forschung liefert Einblicke in die Bedrohungslagen von Modellprojekten, die im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des BMFSFJ-Programms „Demokratie leben!“ gefördert werden.
- Eine standardisierte Organisationsbefragung und qualitative Interviews mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zeigen: Für sie gehören Bedrohungen zum Arbeitsalltag, sowohl physische Angriffe als auch diffuse Bedrohungswahrnehmungen in einem Klima der Angst. Übergriffe erfolgen zum größten Teil aus dem rechten Milieu.
- Bedrohungen belasten Projektmitarbeiter*innen, beeinträchtigen Arbeitsprozesse und binden ohnehin knappe finanzielle und zeitliche Ressourcen.
- Betroffene Organisationen entwickeln Bewältigungsstrategien, um mit Bedrohungen umzugehen. Diese reichen jedoch nicht aus, um ihre Handlungs- und Arbeitsfähigkeit langfristig zu sichern.
- Bedrohungen haben das Potenzial, prodemokratisches Engagement nachhaltig zurückzudrängen.
- Die befragten Organisationen formulieren umfangreiche Unterstützungsbedarfe an Politik und Gesellschaft. Neben Solidarität und Rückendeckung brauchen zivilgesellschaftliche Organisationen bessere rechtliche Möglichkeiten, um sich zu schützen, auch hinsichtlich der Strafverfolgung. Zudem sollten Sicherheitsbehörden und Einwohnermeldeämter sensibilisiert, Beschwerdestrukturen ausgebaut und staatliche Beratungsangebote zum Umgang mit Bedrohungslagen etabliert werden.

1. Zivilgesellschaft unter Druck

„Es ist immer präsent. [...] ein Dauersummen von diesem Hass und von Beleidigungen und Bedrohungen“ (Projektkoordinator im Bereich Einwanderungsgesellschaft).

Diese Einschätzung steht stellvertretend für die Wahrnehmung vieler, die in dieser Pilotstudie zu Wort kommen. Die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen wird zunehmend eingeschränkt – auch in Deutschland. Das Problem schwindender Handlungsspielräume („Shrinking Spaces“) umfasst unter anderem, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und deren Mitarbeitende immer stärker bedroht werden. Die Amadeu Antonio Stiftung (2020) merkte in diesem Zusammenhang an, dass sich „die Bedrohungslage für zivilgesellschaftliche Organisationen auch in Deutschland verschärft hat“. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt Ausdruck des spürbaren Erstarkens rechtsradikaler Akteure, rechtspopulistischer Diskurse und rassistisch motivierter Übergriffe in der Gesellschaft (Schroeder et al. 2020).

Von Bedrohungen besonders betroffen sind Organisationen, die sich für gesellschaftliche Vielfalt, demokratische Teilhabe und die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus, Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einsetzen. Da diese zivilgesellschaftlichen Institutionen entscheidend zur Stärkung demokratischer Werte beitragen, sind Angriffe auf sie umso folgenschwerer. Werden zivilgesellschaftliche Akteure bedroht, beeinträchtigt dies ihre Arbeit und ihre gesellschaftliche Funktion als ‚Schulen der Demokratie‘ erheblich.

Das Forschungskurzprojekt „Bedrohungslagen von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Themenfeld Vielfaltgestaltung“² am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut) untersucht, wie Projektträger bedroht werden, die im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert

werden. Mittels einer Kombination aus standardisierter Organisationsbefragung und qualitativen Interviews mit den Betroffenen beantworten wir folgende Fragen:

- Mit welchen Bedrohungslagen sind zivilgesellschaftliche Organisationen konfrontiert?
- Welche Auswirkungen haben diese Bedrohungslagen auf die Projektarbeit, die Organisationen und die Engagierten?
- Wie gehen Betroffene mit Bedrohungen um und welche Unterstützungsbedarfe sehen sie?

Zivilgesellschaftliche Bedrohungslagen in Deutschland im Kontext von „Shrinking Spaces“ weltweit

Zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für gesellschaftliche Vielfalt und gegen Diskriminierung einsetzen, stehen weltweit unter Druck (Forum Menschenrechte et al. 2016; Rutzen 2015). Drastische Beispiele für diese Entwicklung sind das Niederschlagen der Demokratiebewegungen in Hongkong und in Belarus, das Attentat auf die brasilianische LGBTQ*-Aktivistin Marielle Franco oder die Mordwelle an honduranischen Umweltaktivist*innen. Derartige physische Übergriffe fallen damit zusammen, dass weltweit rechtspopulistische und rechtsradikale Akteure erstarken, die gegen den Demokratisierungs- und Aufklärungsanspruch der progressiven Zivilgesellschaft mobilisieren sowie eine Verrohung öffentlicher Debatten und regressive Diskursverschiebungen befördern (Mudde 2019).

Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Arbeit von Engagierten und zivilgesellschaftlichen Organisationen werden in der Zivilgesellschaftsforschung unter dem Begriff „Shrinking Spaces“ diskutiert, der Einschränkungen des Handlungsspielraums zusammenfasst:

² Das Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fördert Modellprojekte, die sich mit ausgewählten Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Mehrfachdiskriminierungen auseinandersetzen und in ihrer Arbeit die Anerkennung und Wertschätzung von gesellschaftlicher Vielfalt unterstützen. Siehe: <https://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben>. Das Forschungskurzprojekt lief von August 2020-Dezember 2020 und wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Der Begriff Shrinking Space kann [...] mittlerweile als politisch-sozialer Ausdruck eines Diskurses verstanden werden, der die Angriffe [...] auf zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGOs) problematisiert und in der letzten Dekade stark an Fahrt aufgenommen hat (Hummel 2020: 650).³

Hayes et al. betonen darüber hinaus den relationalen Charakter von „Shrinking Spaces“ als

Konzept oder Rahmen, der die dynamische Beziehung zwischen Repression und politischen Kämpfen erfasst, einschließlich der Art und Weise, wie politische Kämpfe auf Repression reagieren, um Handlungsspielraum zurückzugewinnen (Hayes et al. 2017: 3, eigene Übersetzung).

In seiner konzeptionellen Offenheit umfasst der Begriff in der Literatur ganz unterschiedliche Beschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsräume. Das Hauptaugenmerk liegt dabei bisher auf staatlichem Handeln: polizeiliche Repression oder geheimdienstliche Überwachung (Aytaç et al. 2017), direkte oder indirekte Beschneidung finanzieller Ressourcen (Anheier et al. 2019), die Einschränkung der Versammlungsfreiheit oder das Einziehen gesetzlicher Hürden mit dem Ziel, zivilgesellschaftliche Arbeit zu erschweren, wie das sogenannte Ausländische-Agenten-Gesetz in Russland (Skibo 2016; für einen Überblick siehe Hayes et al. 2017). Entsprechend konzentriert sich die wissenschaftliche Debatte um „Shrinking Spaces“ insbesondere auf die Situation der Zivilgesellschaft in autoritären oder autoritativen Regimen wie China und Russland (Toepler et al. 2020) oder, zuletzt verstärkt, in den beiden EU-Mitgliedsstaaten Polen und Ungarn (Kocyba & Lewicki 2020; della Porta & Steinhilper 2021).

Dabei gerät aus dem Blick, dass zivilgesellschaftliche Akteure keineswegs nur in illiberalen Regimen in ihrer Arbeit eingeschränkt und herausgefordert werden. Erst vor kurzem ist die „Shrinking Spaces“-

Debatte auch in Deutschland angekommen (Anheier & Toepler 2020, Strachwitz 2019a). Allerdings thematisiert auch diese neuere Debatte in erster Linie die Rolle staatlichen Handelns. Dabei geht es weniger um direkte Repression als vielmehr darum, wie zivilgesellschaftliches Engagement reguliert wird. Anheier und Toepler (2020) beschreiben das Ausbleiben notwendiger Gesetzesreformen – ein Beispiel ist das veraltete deutsche Gemeinnützigkeitsrecht⁴ – als ‚politische Vernachlässigung‘, die zivilgesellschaftliches Engagement langfristig zu unterhöhlen drohe.

Derartige regulatorische Versäumnisse sind zweifellos eine der drängendsten Herausforderungen für das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Deutschland. Wird die „Shrinking Spaces“-Debatte in Deutschland aber auf die Folgen staatlichen (Nicht-)Handelns verengt, geraten darüber hinaus existierende Bedrohungslagen aus dem Blick. Zwei eng miteinander verwobene Dimensionen primär nichtstaatlicher Angriffe auf zivilgesellschaftliche Handlungsräume sind insbesondere für Organisationen im Bereich Vielfaltgestaltung und Antirassismus relevant:

Erstens sehen sich diese Organisationen angesichts wahrgenommener, öffentlicher Diskursverschiebungen „nach rechts“ zunehmend in ihrer Arbeit in Frage gestellt und in ihrem Selbstverständnis herausgefordert.⁵ Zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für Vielfalt und gegen Rassismus einsetzen, sind dabei Seismograph gesellschaftlicher Entwicklungen: Sie bekommen als erste und besonders stark zu spüren, wenn rechtsextreme Ideologien populärer werden. Parallel zum europäischen und weltweiten Trend (Mudde 2016) haben rechte Protestmobilisierungen (Rucht 2018; Steinhilper & Sommer, im Erscheinen) und die Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) nach dem „langen Sommer der Migration“ 2015 in Deutschland zu einer stärkeren Sichtbarkeit von und Resonanz für rechtspopulistische und rechtsradikale Positionen beigetragen.

³ Hummel kritisiert darüber hinaus, dass der Begriff „Shrinking Spaces“ irreführend sei, da er den Befund einer schrumpfenden Zivilgesellschaft nahelege, der empirisch aber nicht haltbar sei. Weltweit wächst die Zivilgesellschaft, so Hummel, weiterhin.

⁴ Exemplarisch für die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume aufgrund veralteter gesetzlicher Rahmenbedingungen ist die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von *attac* (Strachwitz 2019b).

⁵ Die Diskussionen um die sogenannte Extremismusklausel, mit der sich Antragssteller*innen für diverse Bundesprogramme zwischen 2011 und 2014 zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen mussten, haben nachhaltig dazu beigetragen, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen unter Generalverdacht gesetzt fühlen (u.a. Bochentin 2011).

Zu dieser regressiven Wende (Geiselberger 2017) gehört, dass zivilgesellschaftliche Initiativen diffamiert werden. Dass dies mittlerweile auch im Mainstream angekommen ist, wird im Bereich des Geflüchtetenengagements besonders sichtbar. Beispielsweise übte der CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt Kritik an einer „aggressiven Anti-Abschiebe-Industrie“⁶, Boris Palmer diffamierte die zivilgesellschaftliche Seenotrettung als „Menschenrechtsfundamentalismus“⁷, und „Gutmensch“⁸ hat sich als abwertende Bezeichnung für Engagierte breit etabliert. Derartige Diffamierungen spiegeln sich in diffusen Bedrohungswahrnehmungen der Betroffenen wider.

Daneben sind zivilgesellschaftliche Organisationen, die für gesellschaftliche Vielfalt und gegen Diskriminierung eintreten, *zweitens* mit unmittelbaren Übergriffen und mittelbaren Bedrohungen nichtstaatlicher Akteure konfrontiert. Diese gehen zuvorderst vom rechten Rand aus und werden begünstigt durch die oben beschriebenen Diskursverschiebungen, die ‚diskursive Gelegenheiten‘ schaffen (Koopmans & Olzak 2004). Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung um die Themen Migration und Diversität nach 2015 (Grande 2018) hat insbesondere zu einer höheren Sichtbarkeit (post-)migrantischer Akteure und anderer in diesem Bereich aktiven Organisationen geführt (Foroutan 2019). Diese sind in der Folge verstärkt zum Ziel von Übergriffen und Anfeindungen geworden.

Gerade die vielen diffusen und unspezifischen Bedrohungswahrnehmungen und deren Folgen für die Engagierten werden in der breiteren Öffentlichkeit selten thematisiert. Auch in der wissenschaftlichen Debatte um „Shrinking Spaces“ finden sie angesichts des oben skizzierten Fokus auf staatliche Repression beziehungsweise staatliche Regulierung bislang kaum Berücksichtigung. Eine Ausnahme sind die Berichte der wissenschaftlichen Begleitung

des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (Bohn et al. 2019).⁹

Diese Research Note nimmt die Formen nichtstaatlicher Bedrohungen und deren Auswirkungen auf die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen im besonders betroffenen Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ systematisch in den Blick. Dieser Bereich der Zivilgesellschaft – so die Ausgangsannahme – ist Bedrohungen durch antidemokratische Kräfte besonders ausgesetzt. Somit erlaubt unsere Untersuchung detaillierte Einblicke in die bisher wenig berücksichtigten Dimensionen von „Shrinking Spaces“.

Im Folgenden diskutieren wir Angriffe, Übergriffe, Diffamierung und andere Formen (vor allem) nichtstaatlicher Übergriffe mit dem Ziel, die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen zu behindern oder zu erschweren, als Bedrohungen. Der Sammelbegriff Bedrohungslagen beschreibt, wie die Gesamtheit wahrgenommener Bedrohungen zusammenwirkt. Diese offene Konzeptualisierung von Bedrohungen und Bedrohungslagen gibt der Breite der Bedrohungen Raum, die die Betroffenen wahrnehmen. Gleichzeitig unterscheiden wir zwischen direkten Übergriffen, indirekten Bedrohungen und diffusen, nicht klar zu bestimmenden Bedrohungswahrnehmungen. In der Gesamtheit verstehen wir derartige Bedrohungslagen als eine Erklärung von „Shrinking Spaces“ in Deutschland. Doch während bei diesem Begriff mitschwingt, dass Handlungsräume unweigerlich schwinden, betrachten wir es als empirische Frage, wie sich Bedrohungslagen auf zivilgesellschaftliches Handeln auswirken.

⁶ FAZ, 18.05.2016: Dobrindt beklagt eine „Anti-Abschiebe-Industrie“.

⁷ SZ, 15.01.2019: „Der Diskurs ist stark nach rechts gerückt“.

⁸ Die Zeit, 12.01.2016: „Gutmensch ist Unwort des Jahres“.

⁹ Darüber hinaus gibt es in der aktuellen wissenschaftlichen Auseinandersetzung um *Hatespeech* (z.B. Fielitz & Marcks 2020) Überschneidungen mit der „Shrinking Spaces“-Debatte. In diesem Zusammenhang erwähnenswert sind auch die Forschung zur rechten Unterwanderung zivilgesellschaftlicher Initiativen (Teune 2016) sowie die allgemeinen Arbeiten der Rechtsextremismusforschung, die im Gegensatz zu dieser Research Note die Täterseite fokussieren und daher nicht weiter thematisiert werden.

2. Methodik

„Demokratie leben!“ ist ein Förderprogramm, das das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Jahr 2014 ins Leben rief, um zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit zu unterstützen. Neben dem im Folgenden näher untersuchten Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ umfasst es die Bereiche „Demokratieförderung“ und „Extremismusprävention“. Im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ haben im Jahr 2020 68 Modellprojekte ihre Arbeit aufgenommen und sind jeweils in einem der sechs Themenfelder aktiv: Antisemitismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit, Homo- und Trans*feindlichkeit, Rassismus und Chancen sowie Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft.

Für diese Research Note haben wir Bedrohungslagen der Projekte und ihrer zivilgesellschaftlichen Trägerorganisationen mit einem *Mixed-Methods-Ansatz* in den Blick genommen. Indem wir quantitative und qualitative Methoden kombinieren, können wir sowohl die Frequenz als auch die Art der Bedrohungen näher beschreiben.

Im ersten Schritt wurden alle 68 Organisationen, die durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ gefördert werden, systematisch mittels eines Online-Fragebogens nach Form, Frequenz und Umgang mit Anfeindungen, Drohungen und Übergriffen befragt. Die unterschiedlichen Items des Fragebogens haben wir auf der Grundlage von Sekundärliteraturanalysen und ersten explorativen, qualitativen Interviews erstellt. 50 Organisationen haben den Fragebogen zumindest teilweise ausgefüllt.

Im zweiten Schritt wurden 23 Projekte oder deren Trägerorganisationen für qualitative, leitfadengestützte Interviews von 30 bis 60 Minuten Länge angefragt. Insgesamt führten wir zwischen August und Oktober 2020 16 vertiefende Interviews mit ausgewählten Organisationen der sechs Themen-

felder zu Wahrnehmung, Ursachen und Folgen von Bedrohungslagen sowie zur Frage, welche gezielte Unterstützung sie im Umgang mit Bedrohungen stärken kann. Alle Interviews fanden auf Deutsch statt, wurden aufgezeichnet und anschließend transkribiert.

Die Interviewpartner*innen wurden gezielt nach einer nichtrepräsentativen Strategie (*purposive sampling*) ausgewählt. Grundlage hierfür war eine erste Erhebung von Bedrohungslagen innerhalb der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsfelds „Vielfaltgestaltung“ einige Monate zuvor: Wir haben diejenigen Organisationen angefragt, die dort über Bedrohungen berichteten. In einer Pilotphase haben wir zunächst sechs Initiativen aus den Themenfeldern Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Rassismus und Einwanderungsgesellschaft interviewt, da aus diesen Bereichen am häufigsten über Bedrohungen berichtet wurde.¹⁰ In Vorinterviews haben wir den Gesprächsleitfaden eingesetzt und diesen auf Basis der Rückmeldungen aus dem Feld um relevante Aspekte ergänzt. Anschließend haben wir weitere zehn Projekte bzw. deren Trägerorganisationen interviewt.

Die qualitativen Daten wurden in Form einer thematischen Inhaltsanalyse ausgewertet, indem Kategorien für bestimmte, immer wieder auftretende Muster gebildet wurden. Diese wurden mit den Daten der Organisationsbefragung trianguliert, um zu überprüfen, ob sich die induktiv entwickelten Muster auch quantitativ bestätigen lassen.

¹⁰ Insgesamt wurden mehr Initiativen aus den Feldern Antisemitismus, Einwanderungsgesellschaft und Rassismus als aus den Bereichen Muslimfeindlichkeit, Homo- und Trans*feindlichkeit und Antiziganismus interviewt, da sich Akteure aus den erstgenannten Feldern ihrer Einschätzung nach stärker mit Bedrohungen konfrontiert sehen als letztere.

Tabelle 1. Übersicht Interviews pro Handlungsfeld¹¹

Handlungsfeld	Antisemitismus	Islamfeindlichkeit	Einwanderungsgesellschaft	Rassismus	Antiziganismus	Homosexuellen-/Trans*-feindlichkeit
Total: 16	4	1	5	4	1	1

¹¹ Es wurden 16 unterschiedliche Organisationen interviewt, die nicht zwangsläufig auch den quantitativen Onlinefragenbogen ausgefüllt haben mussten.

3. Arten und Auswirkungen von Bedrohungslagen

Die folgende Analyse dokumentiert zunächst die existierenden Bedrohungen für zivilgesellschaftliche Organisationen im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“. Anschließend betrachten wir, wie sich Bedrohungen auf individueller und institutioneller Ebene auswirken, wie mit ihnen umgegangen wird und welche Angebote die Betroffenen unterstützen können.

3.1 Bandbreite an Bedrohungen

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die im Bereich Diversität und Antidiskriminierung tätig sind, sind mit einer großen Bandbreite an Bedrohungen konfrontiert. Diese reichen von verbalen Attacken bis zu physischer Gewalt. Neben unmittelbaren Angriffen erleben die Organisationen indirekte Anfeindungen oder latente Bedrohungen und nehmen diffuse Bedrohungen wahr.

Unter diffusen Bedrohungswahrnehmungen verstehen wir ein Klima der Verunsicherung, das durch den Bedeutungszuwachs rechtsradikaler Akteure und rechtspopulistischer Diskurse entsteht. Durch diese sehen sich zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit eingeschränkt und in Frage gestellt. Viele Akteure skizzieren neben konkreten Übergriffen auch diffuse Bedrohungswahrnehmungen – und gehen davon aus, dass diese sich bald zuspitzen und manifestieren werden.

Sowohl unmittelbare Bedrohungen und indirekte Übergriffe als auch diffuse Bedrohungswahrnehmungen sind zentral, um die komplexen Bedrohungslagen zivilgesellschaftlicher Organisationen und deren Auswirkungen zu verstehen. Die Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Erhebungen verdeutlichen im Folgenden, dass zivilgesellschaftliches Handeln nicht nur in autoritären Regimen eingeschränkt wird, sondern dass sich das Phänomen der „Shrinking Spaces“ auch in Deutschland zeigt.

Unmittelbare Bedrohungen

Die erhobenen quantitativen Daten erlauben Rück-

schlüsse auf die verschiedenen Arten unmittelbarer Bedrohungen, die sich sowohl auf individueller Ebene gegen Mitarbeitende richten als auch auf institutioneller Ebene gegen Organisationen. Für die Organisationen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gehören Anfeindungen und Übergriffe zum Arbeitsalltag. Mehr als zwei Drittel der befragten Projektkoordinator*innen berichten von konkreten Vorfällen in den letzten zwölf Monaten. Lediglich 16 der 50 Organisationen, die sich an der Online-Befragung beteiligt haben (32 %), geben an, in diesem Zeitraum nicht mit konkreten, unmittelbaren Bedrohungen konfrontiert gewesen zu sein (siehe [Abbildung 1](#)).

Die von 54 % der Befragten, und damit am häufigsten genannte Form der Bedrohung ist die Diffamierung der Organisation und ihrer Arbeit. Genannt werden hier auch gezielt verbreitete Falschinformationen und Verleumdungskampagnen. Mit 42 % ebenfalls stark vertreten sind Formen der persönlichen Diskriminierung, Beleidigung und Abwertung. Diese letztgenannte Kategorie umfasst unter anderem *Hatespeech* in den sozialen Medien (z.B. Geschke et al. 2019). Auch andere Formen onlinebasierter Bedrohungen spielen eine Rolle: Immerhin 14 % der Befragten gaben an, das Ziel von Hackerangriffen oder anderen Cyberattacken gewesen zu sein, darunter gezielte Spam-Attacken und rechtsextreme Bots. Insgesamt 26 % der Befragten sehen sich gezielten Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Diese reichen von der Nennung auf rechtsextremen „Todeslisten“ über Gewaltandrohungen im Netz bis hin zu gezieltem Telefonterror. Der folgende Auszug aus einem der Interviews ist ein Beispiel für diese Formen von Einschüchterungen und Gewaltandrohungen:

„Und wenn es dann expliziter wird[, dann werden] die Adresse von der Geschäftsstelle per Screenshot geteilt [...], Fotos von Vorstandsmitgliedern oder auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.“¹²

Seltener genannt wird die vorsätzliche Störung von Arbeitsabläufen (10 %). Dabei ist ein vor allem in den Interviews immer wieder genanntes Problem

¹² Die Interviews werden im Wortlaut wiedergegeben.

die augenscheinliche Diskriminierung bei Mietanfragen für Veranstaltungs- oder Büroräume:

„[Wir hatten] 70 Ablehnungen bei Bewerbungen um ein Büro. Zwei Zusagen, eine davon haben wir jetzt genommen. [...] von den Absagen war ein Teil offen antisemitisch. Also sowas wie: ‚In fünf Jahren ist die AfD an der Regierung; dann seid ihr sowieso weg.‘“

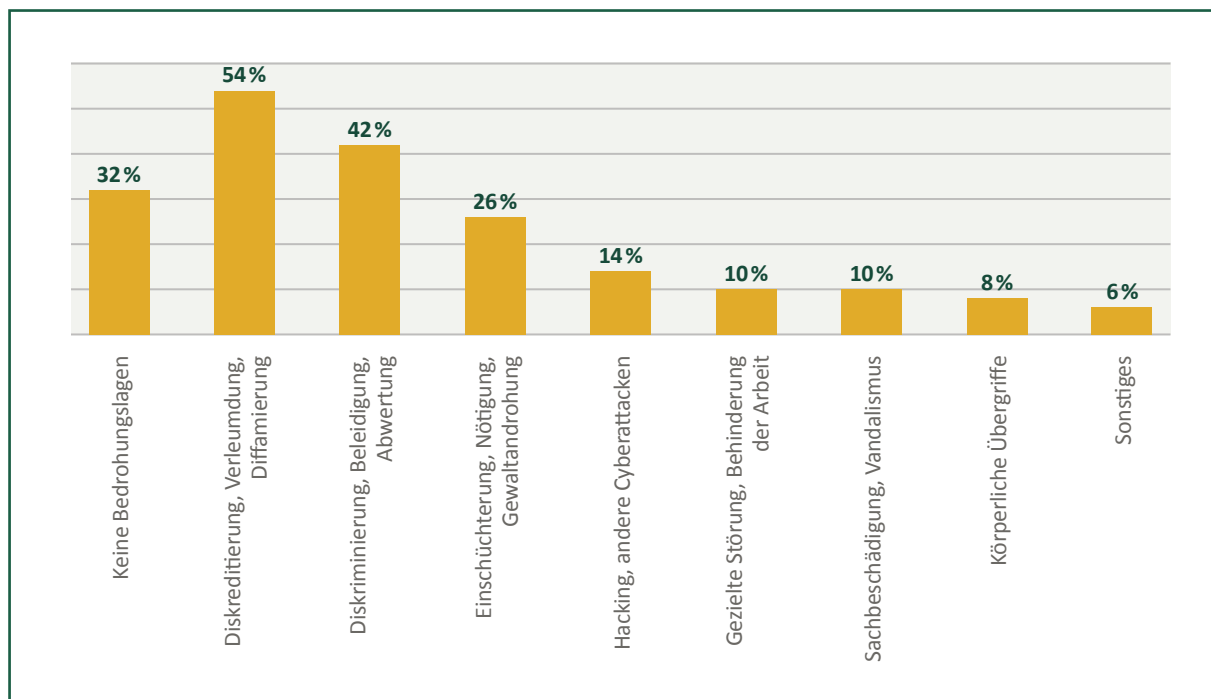
„Wir stellen uns vermehrt die Frage, wie wir uns sichern können. Ob wir uns dann wirklich in Situationen begeben wollen, die eine eventuelle Gefahr darstellen können oder nicht. [...] einfach, um auch unsere persönliche Sicherheit im Blick zu haben. [...] in den vergangenen Monaten [ist] es tatsächlich öfter vorgekommen [...], dass Kollegen und Kolleginnen nicht nur verbal angegriffen wurden, sondern auch tätlich.“

Als weitere Form konkreter Bedrohungen nennen die Befragten Sachbeschädigung und Vandalismus (10 %), beispielsweise Schmierereien mit Hakenkreuzen, das Abmontieren von Schildern, die Zerstörung von Fensterscheiben und Briefkästen oder deren Beschmieren mit Fäkalien. Von körperlichen Angriffen berichten 8 % der Befragten; auch die Interviewpartner*innen schilderten konkrete Übergriffe auf Mitarbeitende. Hier stehen jüdische Organisationen und Organisationen mit jüdischen Mitarbeiter*innen, die im Themenfeld Antisemitismus aktiv sind, im Fokus:

Insgesamt nehmen viele Projektkoordinator*innen wahr, dass Bedrohungen über die letzten Jahre hinweg langsam, aber stetig zugenommen haben (siehe auch Bohn 2019). Dieser Vertreter einer jüdischen Stiftung resümiert:

„Mein Gefühl ist, dass sich [Bedrohungen] seit den letzten fünf Jahren gesteigert [haben]. Das kann man festmachen anhand [der Reaktionen auf] verschiedene Produkte, die wir veröffentlicht haben. Wonach es dann immer Shitstorms gab. Und im Zuge dessen natürlich

Abbildung 1. Arten von Bedrohungen (n=50)¹³



¹³ Frage mit Mehrfachantworten. Frage im Wortlaut: „Welche Anfeindungen, Bedrohungen oder andere Übergriffe sind Ihnen und/oder den Mitarbeitenden Ihrer Organisation in den letzten 12 Monaten in Ihrer Arbeit begegnet?“

Drohmails, Drohanrufe, und [...] juristische Auseinandersetzungen folgten.“

Für die Befragten sind Bedrohungen somit ein ständiger Begleiter. Weitere Interviewpartner*innen berichten, dass akute Bedrohungen kurzzeitig aufflammen, nachdem sie Pressemitteilungen oder Informationsbroschüren veröffentlicht hatten, die rechte Akteure auf den Plan riefen. Wieder andere berichten von zyklischen Entwicklungen, ohne dass konkrete Ereignisse vorlägen:

„Es ist immer präsent. [...] ein Dauersummen von diesem Hass, und von Beleidigungen und Bedrohungen gibt es immer. [...] ich kann das nicht an einer Statistik [...] festmachen, aber ich habe das Gefühl, dass es alle paar Wochen [...] stärker [wird], ohne dass wir jetzt massiv etwas an unserer Arbeit [...] oder an unserem Verhalten online geändert hätten. [...] es ist wie eine Art Rotation, alle vier, fünf Wochen sind wir dran und kriegen halt mal mehr ab als normal. Und dann ist es die Woche später wieder jemand anderes.“

Zuletzt hat sich vor allem die Coronakrise negativ auf zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume ausgewirkt (Hutter et al. 2021). Die strikten Hygienevorgaben führten auch in Deutschland zu einem Einbruch des ehrenamtlichen Engagements (van den Berg et al. 2020) und zu drastischen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit (Mullis 2020). Die plötzliche Aufmerksamkeitsverschiebung schien sich für einige der von uns befragten Organisationen zunächst entspannend auszuwirken:

„Ich glaube, uns gegenüber hatte es sich kurzzeitig etwas entspannt, weil man andere Themen aufgegriffen hat in der Szene. Also, es war eben Corona [...]. Aber inzwischen hat es sich auch wieder ganz gut auf uns eingeschossen. [...] rein subjektiv habe ich das Gefühl, es ist weniger stark als vor Corona. Aber nichtsdestotrotz ist es halt andauernd da.“

Doch auch in der Coronapandemie zeigt sich, dass der aggressive Rechtspopulismus Konjunktur hat – in Form der Corona-Demonstrationen von selbsternannten „Querdenker*innen“ und Reichsbürger*innen. In unseren Interviews berichten insbesondere

diejenigen Organisationen von verstärkten Angriffen, die diese neuen Akteure kritisch begleiten, indem sie Mobilisierungsstrukturen dokumentieren und öffentlich Stellung beziehen:

„Ja, mit Corona hat es natürlich zugenommen, weil wir das auch mehr im Fokus haben. Wir berichten regelmäßig darüber, schreiben regelmäßig über diese Corona-Proteste.“

Die Projektkoordinator*innen wurden nicht nur gebeten, zu schildern, auf welche Art sie bedroht werden, sondern auch die den Bedrohungen zugrundeliegenden Motive einzuschätzen. Rund drei Viertel der Befragten vermuten, dass Übergriffe verübt werden, weil die Verantwortlichen die politische Ausrichtung ihrer Organisation ablehnen. Neben rassistisch und antisemitisch motivierten Übergriffen spielen in der Wahrnehmung der Befragten auch Sexismus und Antifeminismus eine große Rolle. Die Hälfte der Befragten gibt an, dass diese Formen der Diskriminierung „oft“ oder „immer“ ein zentraler Hintergrund seien.

Nach den Urheber*innen gefragt, geben Betroffene an, dass die Bedrohungen zum weitaus größten Teil aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum stammen, zu denen auch sogenannte Reichsbürger*innen oder Verschwörungsgläubige gerechnet werden. Dieser Vertreter einer jüdischen Organisation skizziert:

„Also, wenn man es ideologisch fassen will, haben wir es mit Rechtsextremisten unterschiedlichster Couleur zu tun, also mit kulturalistischem Rechtsextremismus, islamfeindlichem Rechtsextremismus und dem klassischen völkisch-rassistischen Rechtsextremismus.“

Jüdische Initiativen schildern darüber hinaus Anfeindungen aus dem islamistischen Bereich und auch vereinzelte Übergriffe aus dem linksextremen, sogenannten antiimperialistischen Spektrum. Organisationen, die sich gegen Transfeindlichkeit starkmachen, berichten zudem von Diffamierungsversuchen aus der bürgerlich-konservativen Mitte. Ein Viertel der Organisationen betont in den Interviews, dass Diffamierungen nicht länger allein von rechtsextremen Splittergruppen, sondern verstärkt

auch von Anhänger*innen politischer Parteien, namentlich der AfD, und in Einzelfällen auch von anderen politischen Parteien ausgehen.

Weiterhin unterscheiden betroffene Projektkoordinator*innen bei den Urheber*innen von Bedrohungen zwischen kollektiven Akteuren, die gezielt und systematisch vorgehen, und einer heterogenen Menge an Einzelpersonen, die nicht in politischen Zusammenhängen organisiert sind.

„Auch der Bereich der Reichsbürger und der Verschwörungsgläubigen ist überhaupt nicht einheitlich. Muss auch gar nicht organisiert sein. Das können Einzeltäter sein, die sich irgendwann radikalisieren. Die Feindbilder sind ideologisch vorgeprägt und Antisemitismus greift immer.“

Latente und indirekte Bedrohungen

Die qualitativen Interviews geben auch Aufschluss darüber, wie sich für betroffene Organisationen indirekte Bedrohungslagen darstellen, die in der Debatte zu „Shrinking Spaces“ bisher weniger Beachtung finden. So wird angegeben, dass die AfD durch Parlamentsanfragen zu Projekten und Trägern sowie diffamierende Pressearbeit gezielt versucht, zivilgesellschaftliches Handeln zu delegitimieren. Beispielsweise berichtet dieser Projektkoordinator aus dem Bereich Einwanderungsgesellschaft:

„Also bei uns waren das eigentlich einerseits die parlamentarischen Anfragen und zum Zweiten der Besuch [eines AfD-Politikers] und dann die Pressearbeit danach. Also Angriffe in den Medien. [...] wir haben jetzt ein AfD-Mitglied im Stiftungsrat [...], über den Landtag nominiert, [...] und da rechnen wir jetzt damit, dass es auch weitere Aktionen gibt.“

Viele Interviewpartner*innen skizzieren Vertreter*innen der AfD wegen deren Äußerungen als Treiber von Diskursverschiebungen, die sie als bedrohlich wahrnehmen. Auch sehen sich betroffene Institutionen mit direkten Anfragen der AfD bei den Mittelgebern konfrontiert, die sie unter zusätzlichen Rechtfertigungszwang bringen. Dies löst innerhalb der Projekte die Befürchtung aus, dass Förderer

zukünftig nicht länger mit ihnen zusammenarbeiten wollen und ihnen so Stück für Stück die finanziellen Ressourcen wegbrechen könnten, wie diese Vertreter*innen einer Organisation für die Rechte von Sinti*innen und Rom*innen berichten:

„Ich frage mich eher, in welchem Umfang zukünftig überhaupt noch Fördertöpfe bereitstehen werden. [...] Was unsere Arbeit natürlich beeinträchtigt [...], dass immer wieder die weitere Förderung von Projekten komplett infrage steht. Und das betrifft teilweise richtig viele Mitarbeiter. Und ich sehe das schon auch als eine Auswirkung vom gesellschaftlichen Klima. [Das ist] eine Angst, die immer [...] am Horizont steht.“

Kritisiert wird mit Blick auf die Rolle der AfD auch eine defensive Haltung einiger Ministerien und Politiker*innen, die sich vor Angriffen dieser Partei zu schützen versuchen, indem sie beispielsweise kontroverse Informationen aus Veröffentlichungen entfernen lassen:

„Wir haben manchmal den Eindruck, dass es [...] einen vorausseilenden Gehorsam auch von Seiten der Ministerien geben könnte, dass also [...] bestimmte Sachen [...] aus Publikationen entfernt werden mussten, die halt die AfD thematisieren, [...] weil es [...] die Sorge gibt, dass die AfD dann dagegen klagen könnte.“

Außerdem äußern sich mehrere Studienteilnehmer*innen, die zu Themen der Einwanderungsgesellschaft arbeiten, besorgt über die Zukunft der Projekte, ihres Arbeitsplatzes und ihrer persönlichen Sicherheit, sollte die AfD durch die Übernahme von Ämtern erweiterte Zugriffsrechte auf interne Daten erlangen:

„Es sollten auch AfD-Stadträte nominiert werden und dann sind viele der von uns geförderten Träger auf uns zugekommen und haben gesagt, dass sie befürchten, dass sie als Träger angegriffen werden [...], auf bestimmten Verfolgungslisten landen [...] Und die AfD-Abgeordnete hier im Kommunalparlament hat sich direkt bei ihrer Antrittsrede nach der Kommunalwahl im letzten Mai so geäußert, dass sie diese Demokratieförderprogramme abschaffen will.“

„[Wir wünschen uns] die tatsächliche Zusicherung, dass dann diese gefühlt 300.000 AfD-Anfragen keine Auswirkung haben auf uns. Und das Gefühl habe ich gerade tatsächlich nicht. Also, ich habe eher das Gefühl, dass wir durch diese Anfragen nochmal stärker im Blick sind.“

Hierzu liefert beispielsweise die Genderforschung Parallelen, die vermehrt antifeministische Anträge der AfD in parlamentarischen Gremien dokumentiert. Abgeordnete der Partei stellen in Landesparlamenten Anfragen zu Inhalten und Finanzierungen von gleichstellungs- und antidiskriminierungspolitischen Maßnahmen, um diese als ideologisch zu brandmarken oder als linksextremistisch zu diffamieren und damit letztendlich ihre Abschaffung zu fordern (BAG 2018; Henniger et al. 2021).

Insgesamt überwiegt in den Beschreibungen der Befragten das Gefühl, einer andauernden, indirekten Bedrohung ausgesetzt zu sein, wie dieser Vertreter einer jüdischen Organisation es eindrücklich darlegt:

„Dieses Gefühl der permanenten Bedrohung. Da gibt es, wie gesagt, mal mehr oder weniger Vorfälle, aber das reicht dann auch immer wieder, glaube ich, um dieses Gefühl, was dann doch permanent da ist, bei manchen mehr, bei manchen weniger, wieder hervorzukramen [...] was ist das Nächste, was passiert? Pulverbriefe sind das eine [...] oder Schmierereien oder Bedrohung in Social Media, seltsame Anrufe, mal Mails, aber [...] kann das auch körperlich und konkret werden?“

Wie wir im Folgenden zeigen, lösen die hier geschilderten, direkten Angriffe ebenso wie die indirekten Bedrohungen durch gezielte parlamentarische Delegitimierungsversuche Angst aus – Angst davor, dass die Hemmschwelle sinkt, dass auf die verbalen auch tätliche Übergriffe folgen, und Angst davor, den Arbeitsplatz zu verlieren, wenn den Projekten die Finanzierungsgrundlage entzogen werden sollte. Dabei verstehen Betroffene aktuelle Bedrohungserfahrungen als Vorboten noch massiverer Bedrohungen in der Zukunft. Die Wahrnehmung, dass sich die gesellschaftlichen Diskurse nach rechts verschieben, verursacht ein allgemeines Klima der Verunsicherung, das diese Ängste weiter schürt. Die

qualitativen Daten spiegeln diese diffusen, schwer fassbaren Bedrohungswahrnehmungen vor allem dann wider, wenn Betroffene darüber sprechen, wie sich Bedrohungen auf sie selbst und die Projektarbeit auswirken. Diesen Auswirkungen gehen wir im nächsten Abschnitt nach.

3.2 Auswirkungen der Bedrohungslagen

Sowohl die Umfrageergebnisse und als auch die qualitativen Interviews weisen darauf hin, dass die geschilderten Bedrohungslagen massive Auswirkungen haben. Diese Bedrohungserfahrungen beeinträchtigen auf individueller Ebene die Psyche der Mitarbeitenden und auf institutioneller Ebene die konkrete Arbeit und die Arbeitsabläufe.

Auswirkungen auf Mitarbeitende

Fast alle betroffenen Organisationen berichten von einer hohen psychischen Belastung, von Stress und Angst der Mitarbeitenden davor, namentlich aufzutreten und öffentlich mit dem Projekt oder Träger in Verbindung gebracht zu werden:

„Dass man weiß, wer ich bin. Dass man weiß, wo ich arbeite. Dass man weiß, wie man mich finden kann [...] Also, es ist nicht explizit, dass mir demnächst etwas passiert. Aber einfach diese Andeutung, dass man weiß, man könnte mich irgendwie finden, macht ja schon was mit einem.“

„Was aber definitiv da ist, ist so ein subtiles Klima der Unsicherheit, das alle Kolleg*innen spüren [...]. Wenn man jetzt zum Beispiel in den ländlichen Raum fährt und dort einen Workshop gibt, einen Vortrag hält [...] [kann] es immer passieren [...], dass alleine der Name [der Stiftung] dazu führt, dass dort Personen kommen, die mindestens stören wollen.“

Die häufigsten Begriffe, die Mitarbeitende gebrauchen, um ihre Gefühlslage in Bezug auf ihre Arbeit und die damit in Verbindung stehenden Bedrohungslagen zu beschreiben, sind Verunsicherung, Unbehagen, Stress und Ermüdung sowie erhöhte Sensibilität und Wachsamkeit. Ein Vertreter einer postmigrantischen, zivilgesellschaftlichen Initiative bringt sein Gefühl wie folgt zum Ausdruck:

„Wenn ich überlege und zurückdenke an 2016, als wir angefangen haben [...] und wir ganz naiv dachten, okay, dann kann eine Person jetzt für zwei Wochen alles auf Social Media alleine machen und dann ist die nächste Person dran, muss ich echt den Kopf schütteln, wie naiv wir waren. [...] das hat überhaupt nicht funktioniert. [...] es war wirklich super schwierig und super anstrengend. Und das ist auch immer noch so. Also, wenn man sich zu lange auf diesem Account bewegt und sieht, was einem vorgeworfen wird, teils dem Projekt, teils dem Träger und teils auch einem selbst, ist man wirklich am Verzweifeln.“

Einige Teilnehmende der Studie äußern sich frustriert darüber, mit Bedrohungen und Sorgen um die eigene Sicherheit und die Sicherheit ihrer Familien allein gelassen zu werden. So merken mehrere Projektkoordinator*innen an, sich in ihren Bedenken von staatlicher Seite einschließlich der Polizei nicht ernst genommen zu fühlen (siehe auch [Abschnitt 4](#) sowie Müller 2011 und Quent et al. 2014).

Die Befragten berichten immer wieder von Erfahrungen der Entfremdung und von dem Gefühl, sich nicht zugehörig oder gewollt zu fühlen. Auslöser sind in der Regel verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die unter dem Stichwort Alltagsrassismus zusammengefasst werden könnten. Dieser drückt sich, in den Worten einer Betroffenen, durch „latenten Dauerhass“ aus.

Nur vereinzelt denken die Interviewten konkret über einen Wechsel des Arbeitsplatzes nach. Aber insgesamt wird deutlich, dass das als zunehmend bedrohlich wahrgenommene gesellschaftliche Klima künftig auch diesbezüglich Spuren hinterlassen könnte:

„In dem aktuellen Team ist es allen bewusst gewesen, bevor sie in diese Arbeitsfelder gegangen sind, dass [Bedrohungen] auch [mit unserer Arbeit] zusammenhängen können [...]. Das heißt aber nicht, dass dieses Gefühl [den Arbeitsplatz wechseln zu müssen] nicht noch kommen könnte. Also ich finde schon, [...] dass sich vermehrt Gedanken darüber gemacht wird in den letzten Jahren. Das hängt in Teilen natürlich auch damit zusammen, dass [...] auch [gegenüber] behörd-

liche[n] Strukturen, die vielleicht noch irgendwie ein wenig Schutz bieten könnten [...], fast gar kein Vertrauen mehr vorherrscht.“

Neben prägenden Gefühlen der Frustration, Verzweiflung und Angst gibt es vereinzelte Stimmen, die angeben, sich durch potenzielle Bedrohungen in ihrer Arbeit bestätigt und motiviert zu fühlen. Sie erklären, dass sie wussten, was sie erwarten würde, wenn sie ihre aktuelle Tätigkeit ergreifen. Dass es zu Anfeindungen kommt, werten sie als Zeichen dafür, mit ihrer Arbeit auf „dem richtigen Weg zu sein“, und wollen sich deshalb weder beeindrucken noch abschrecken lassen. Stattdessen sehen sie sich durch ihre exponierte Position als Rollenvorbild.

Auswirkungen auf die institutionellen Abläufe und auf den Arbeitsalltag

Die Studienteilnehmer*innen erwähnen wiederholt, dass Bedrohungen die organisatorischen Abläufe und den Arbeitsalltag beeinträchtigen: Interne Auseinandersetzung mit Bedrohungen, Sicherheitsvorkehrungen und Absprachen mit Sicherheitsbehörden und anderen Akteuren sind sehr zeitaufwändig und schränken die Mitarbeitenden in ihrer inhaltlichen Arbeit stark ein. So beschreiben mehrere Akteure aus Projekten zur Einwanderungsgesellschaft, dass es Ressourcen und Arbeitszeit bindet, notwendige Vorkehrungen zu treffen und beispielsweise auf Medienberichte und Presseanfragen zu reagieren. Dies sei besonders problematisch, da Zeit und Ressourcen in der oftmals prekär finanzierten zivilgesellschaftlichen Projektarbeit ohnehin knapp bemessen seien. Damit beeinträchtigen Bedrohungen deren „Output“ beträchtlich:

„[Zeitintensiv ist es auch] Anrufe entgegenzunehmen, von an sich uns gutgesinnten Leuten, die vielleicht einfach nur einmal nachfragen wollen: ‚Ist da etwas daran?‘, [...]. Natürlich [werden auch Ressourcen gebunden] in der Abwehr, und zum Teil auch in der Strafverfolgung von Drohmails.“

In Projekten führt es insbesondere zu erhöhten Kosten, Rechtsberatung in Anspruch zu nehmen und Strafanzeigen zu erstatten. Ferner schränken Sicherheitsbedenken die möglichen Tätigkeiten konkret ein, wie diese Vertreterin einer postmigrantischen zivilgesellschaftlichen Initiative berichtet:

„[Verbale und tätliche Angriffe haben] auch einen gewissen Einfluss auf die Art und Weise, wie wir arbeiten. Ist auch mittlerweile fast zur Regel geworden, dass wir unsere Arbeit auf den Demonstrationen nicht mehr so ausführen können wie früher, sondern zum Teil [...] abbrechen müssen.“

Hinzu kommen Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung. Gerade in einigen Regionen Ostdeutschlands sei es schwer, Mitarbeitende für rassismuskritische Arbeit zu gewinnen, vor allem solche, die selbst einen Migrationshintergrund aufweisen:

„Ich glaube, dass es ‚Demokratie leben‘ ganz gut tun würde, mehr auch in Ostdeutschland zu fördern. [...] Was müssen wir strukturell ändern, damit auch andere Menschen sich trauen, hier tätig zu werden und sich sicher fühlen können?“

Einige der geschilderten Bedrohungen lösen bei den Befragten die Sorge aus, dass Kritik und Diffamierungen langfristig den Ruf der Organisation schädigen:

„Wenn man dann so eine Presseerklärung hat und wird da als inkompetent, indoktrinierend bezeichnet und nicht am Boden der Verfassung stehend, dann [...] bleibt auch was hängen in der Presse und Öffentlichkeit.“

Wie oben erwähnt äußern Vertreter*innen von Organisationen die Angst, dass ihnen die Finanzierungsgrundlage entzogen werden könnte, falls die AfD in einigen Bundesländern Regierungsverantwortung erhalten sollte. Einige Initiativen im Bereich Einwanderungsgesellschaft fühlen sich bereits jetzt unter Beobachtung und unter Druck, ihre Existenz zu rechtfertigen.

Insgesamt wird deutlich, dass die Bedrohungslagen sowohl auf individueller als auch auf institutioneller Ebene zu erheblichen Beeinträchtigungen führen, die in einen Rückgang demokratischen Engagements münden können (siehe auch Quent et al. 2016). Ein Bildungsträger mit Projekten zum Thema Einwanderungsgesellschaft fasst folgendermaßen zusammen, wie sich konkrete Bedrohungslagen und damit verbundene Bedrohungserfahrungen auswirken:

„Diese Anfragen empfinden wir natürlich als bedrohlich, im Sinne von, dass sie die Programme in Frage stellen. Wir empfinden [sie] als verunsichernd, wir empfinden [sie] als Beschäftigungstherapie, [mit der] man versucht Ressourcen zu binden, die ja beim Projekt sowieso nicht so groß sind. Und wir empfinden das als verunsichernd, weil Inhalte unserer Arbeit in Frage gestellt [werden], wenn es um Menschenrechtsarbeit, Antidiskriminierungsarbeit geht oder um [die] Förderung lokaler Projekte [...]. Und das ist diese Infragestellung der Arbeit und das juristische Nachspiel, was man dann immer befürchtet, ob man sozusagen juristisch in die Zange genommen wird. Und welche Kapazitäten dann zur Verfügung stehen, beim Träger oder beim Projekt in diese juristische Auseinandersetzung zu gehen. Das empfinden wir als eine Bedrohung und Einschüchterung.“

Dennoch berichten einige Organisationen davon, dass ihnen ein positiver Umgang mit Bedrohungen gelingt und sie sich in ihrer Arbeit motiviert und bestärkt fühlen.

4. Bewältigungsstrategien

In der Befragung zeigte sich eine Vielzahl von Strategien, mit denen betroffene Organisationen auf individueller sowie institutioneller Ebene mit Bedrohungslagen umgehen (siehe auch Schroeder et al. 2020).

Auf individueller Ebene bewältigen die Betroffenen Bedrohungen auf vielfältige Weise. Einige geben an, sich erst recht öffentlich zu exponieren, um eine Vorbildfunktion einnehmen zu können, beispielsweise mit offensiven Statements in den Medien. Andere wiederum gehen den gegensätzlichen Weg. Sie geben an, ihre Sichtbarkeit zu verringern, etwa indem sie eine Melderegistersperre beim Einwohnermeldeamt erwirken. Viele der befragten Organisationen haben nach manifesten und latenten Bedrohungen entschieden, Portraits der Mitarbeitenden von der Projektwebsite zu entfernen. In manchen Organisationen ist sowohl Exposition als auch Reduktion der Sichtbarkeit zu beobachten. Dies weist darauf hin, dass der Umgang mit Bedrohungen nicht rein strategisch ist, sondern auch von den persönlichen Möglichkeiten einzelner Mitarbeitender abhängt. Weiterhin berichten die Befragten, latenten Bedrohungslagen mit Zynismus oder Humor zu begegnen oder diese zu ignorieren.

Hinzu kommen Ansätze der Selbstzensur: Die Betroffenen überprüfen ständig, was wie kommuniziert werden sollte. Dieser im Bereich Einwanderungsgesellschaft tätige Bildungsträger berichtet:

„Wir müssen uns dann jedes Mal fragen, können wir das so tun. Oder ist das einseitig, wird das dann angegriffen? Gefährden wir auch Personen, die [...] ehrenamtlich in den Projekten mitarbeiten?“

Kontinuierliches Abwägen zwischen öffentlicher Sichtbarkeit und Sicherheit prägt den Arbeitsalltag vieler Studienteilnehmer*innen.

Insgesamt ergibt sich auf institutioneller Ebene beim Umgang mit Bedrohungslagen ein differenziertes Bild (siehe [Abbildung 2](#)). Am stärksten verbreitet ist die interne Dokumentation von Übergriffen (51,6 %) gefolgt von der Erstattung von Strafanzeigen und dem Austausch mit Beratungsstellen (je 45,2 %), dem Etab-

lieren von Sicherheitsvorkehrungen bei Veranstaltungen und gezielter Gegenrede (je 41,9 %) als Reaktion auf Diffamierungsversuche und Anfeindungen in den sozialen Medien.

Die Bewältigungsstrategien lassen sich in drei Kategorien zusammenfassen:

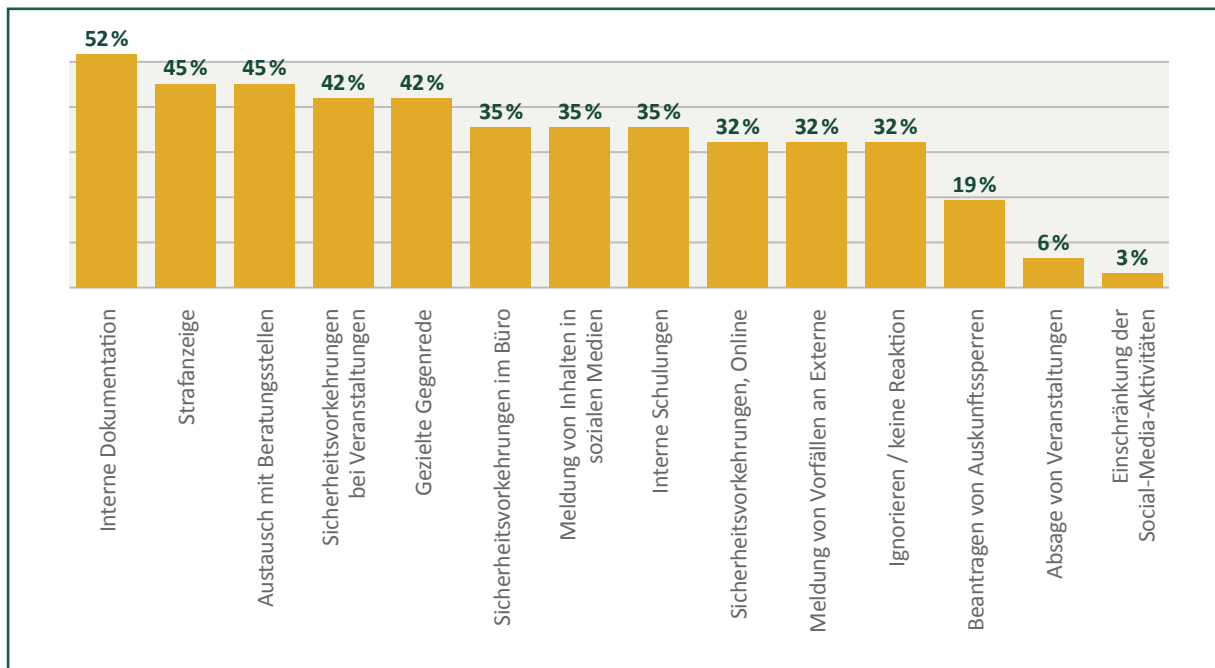
- Strategien, um die physische Sicherheit der Gebäude und Mitarbeitenden zu verbessern,
- Strategien zur psychologischen Betreuung und Unterstützung sowie
- die Strategie, in den Austausch mit anderen Organisationen zu treten, um das Wohlergehen der Mitarbeitenden zu sichern.

Um konkreten Gefährdungen an oder Angriffen auf Arbeitsorte zu begegnen, haben die meisten Projekte Sicherheitskonzepte entwickelt. Beispielsweise verwenden sie allgemeine, nichtpersonalisierte E-Mail-Adressen und Postfächer und sichern die Gebäude mit Kameras, Sicherheitsschlössern und Alarmanlagen. Mehrere Organisationen berichten, dass sie bei Veranstaltungen Polizeischutz erhalten und im engen Austausch mit sogenannten Kontaktbeamt*innen der Polizei stehen, die über Veranstaltungen informiert werden. Zudem wählen manche Organisationen die Veranstaltungsteilnehmenden vorab aus, beispielsweise indem sie gezielt Einladungen versenden und geschlossene Anmelde Listen nutzen. Bei schwerwiegenden Vorfällen wird in der Regel Strafanzeige erstattet. Außerdem erwähnt eine zur Thematik Einwanderungsgesellschaft arbeitende Organisation, dass sie auch bei der Auswahl ihrer Mitarbeitenden Vorsichtsmaßnahmen trifft, um eine Unterwanderung zu verhindern:

*„Wir gucken uns Praktikant*innen sehr genau an. [...] um nicht unterlaufen zu werden von Leuten, die unserer Institution feindlich gesinnt sind. Also deutlich intensiver, als wir das vorher gemacht haben.“*

Darüber hinaus sichern einige Organisationen ihre Websites mit einer sogenannten Security Wall und sie blockieren bestimmte Social-Media-Profile – oft mit wenig nachhaltigem Erfolg. Eine Organisation

Abbildung 2. Umgang mit Bedrohungen (n=50)¹⁴



©DeZIM

versuchte, den Angriffen im Netz mit einem stiftungsweiten Management von Shitstorms zu begegnen. Einige Organisationen und vor allem die, die Beratungsleistungen anbieten, schildern, dass der Spagat zwischen der eigentlich gewünschten Offenheit und den erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen teilweise kaum zu bewältigen ist:

„Das ist immer dieser schmale Grat, gerade [...] die Beratungsangebote [...] sollen erreichbar sein und trotzdem eine gewisse Anonymität zu wahren [...] Und wenn [unsere] Beratung gesucht wird, dann wird natürlich veranlasst, dass [...] so ein Beratungsgespräch abgesichert wird. Auch da müssen Vorkehrungen getroffen werden. Wo findet das statt? In welchem Rahmen findet das statt? Wer ist, kann zur Sicherheit dabei sein?“

Als zentrale Bewältigungsstrategie sehen die Befragten interne Unterstützungsangebote für Mitarbeitende. Allerdings ist laut vieler Interviewpartner*innen die psychologische Unterstützung noch ausbaufähig.

Derzeit bieten einige Projekte ihren Mitarbeiter*innen Supervision und kollegiale Fallberatungen an. Ferner versuchen sie, Reflexionsräume zu schaffen, um im Gespräch mit Kolleg*innen individuelle Bewältigungsstrategien zu entwickeln. Außerdem entwickeln Projekte Leitfäden und bieten Trainings zu Sicherheitsfragen an, wie diese beiden Projektmitarbeiter*innen exemplarisch berichten:

„Wir bieten immer Workshops, wie man sich beschützen kann, wie man sich verteidigen kann oder das ganze argumentieren kann. Für die Mitarbeiter gibt es auch regelmäßig, also jede drei Monate so eine Art Klausur, wie man mit solchen Lagen umgehen kann.“

„Es ist so, dass [unsere Organisation] eine sehr gute Care-Arbeit macht. Also das heißt, es gibt beispielsweise regelmäßige Supervisionen. Es gibt ein First-Response-Team, [das] sich in puncto Sicherheit noch einmal besonders gut auskennt. Die kann man auch anrufen, jederzeit.“

¹⁴ Frage mit Mehrfachantworten. Frage im Wortlaut: „Wie sind Sie, Ihre Organisation und Ihre Mitarbeitenden in den letzten 12 Monaten mit Anfeindungen, Bedrohungen und anderen Übergriffen in Ihrer Arbeit umgegangen?“

Vielfach scheint der kollegiale Zusammenhalt die stärksten Auswirkungen der Bedrohungen abfangen zu können, wie dieser Vertreter einer jüdischen Stiftung erklärt:

„Das ist sicherlich eine der größten Vorteile, dass niemand allein gelassen wird. Also wenn jemand angegriffen wird, aus der Stiftung, dann ist das nicht sein persönliches Problem. Dann ist es immer eins der Organisation. Und dann wird [...] eine große Solidarität hergestellt. Ich glaube, das ist ein Grund, warum das viele aushalten.“

Außerdem ist zu beobachten, dass sich nicht nur die Mitarbeitenden, sondern auch Organisationen untereinander solidarisch verhalten. So reagierte ein Träger auf die Bedrohungslage, indem er mit anderen Initiativen eine gemeinsame Absichtserklärung verfasst, in der alle Beteiligten ihren Wertekodex untermauern. Auch darüber hinaus sind die Projekte relativ gut mit anderen Initiativen in ähnlichen Handlungsfeldern vernetzt – mit dem Ziel, sich gegenseitig beim Umgang mit Bedrohungen zu unterstützen.

Zu den Netzwerken gehören nicht nur andere zivilgesellschaftliche Organisationen, sondern zum Teil auch staatliche Institutionen wie die Innenministerien der jeweiligen Bundesländer, die Landeskriminalämter und die Stadtverwaltungen sowie spezialisierte Institutionen wie die Antidiskriminierungsstellen der Länder oder die Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus. Vereinzelt berichten Studienteilnehmer*innen auch über Unterstützung aus der breiten Bevölkerung, etwa dieser im Bereich Antirassismus tätige Träger:

„Mittlerweile sind [...] viele Leute aus der Nachbarschaft auch bei uns aktiv im Trägerverein, sodass wir erlebt haben [...], dass bei einigen Bedrohungslagen [...] die Nachbarn noch in unserer Abwesenheit reagiert [haben] und entweder [uns] angerufen [haben] oder die Polizei.“

Allerdings bestehen weiter reichende Unterstützungsbedarfe auf psychologischer wie institutioneller Ebene, die die Organisationen mit den vorhandenen Ressourcen derzeit nicht abdecken können. Auf diese Unterstützungsbedarfe gehen wir im Folgenden ein.

5. Unterstützungsbedarfe

Die betroffenen Organisationen versuchen, den Bedrohungen und deren vielfältigen Auswirkungen mit einer Reihe von Strategien zu begegnen, um ihre Arbeit aufrecht erhalten zu können. In einem weiteren Block der quantitativen Umfrage wurden die Befragten gebeten, die Bedeutung verschiedener Unterstützungsmöglichkeiten zu beurteilen (siehe **Abbildung 3**).

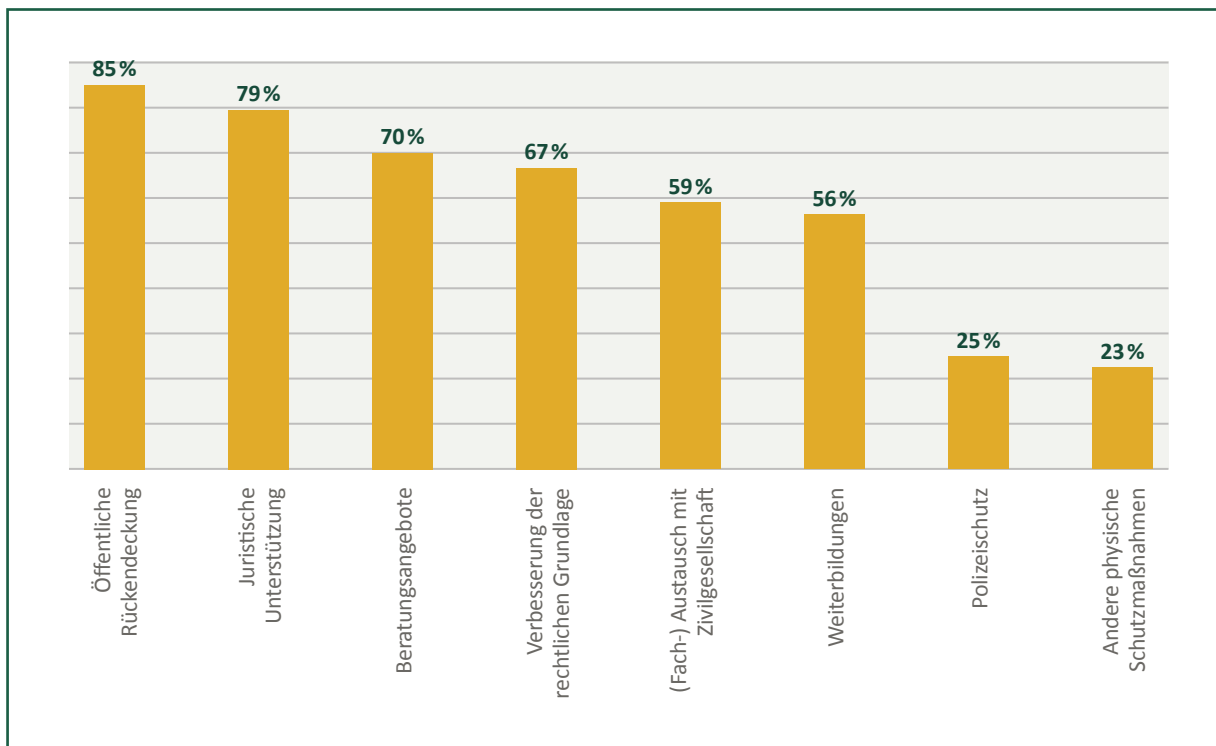
Als besonders wichtig erachten 85 % der Projektkoordinator*innen öffentliche Rückendeckung. Angesichts der oben skizzierten sozialpsychologischen Folgen der Bedrohungen wird hier der Wunsch deutlich, nicht allein gelassen zu werden, Bedrohungslagen öffentlich zu thematisieren und von Staat und Gesellschaft Solidarität zu erfahren. Dazu zählt auch eine klare Positionierung gegenüber der AfD:

„Also ich würde mir [...] wünschen, dass es bei klaren Grenzen gegenüber der AfD bleibt [...], was zum Beispiel bedeuten würde, dass nicht derentwegen verändert wird, was in der Broschüre stehen darf oder nicht. [...] durch dieses Zurückweichen ermutigt man die auch immer weiter. Und eigentlich gibt es eine klare Grenze, ich finde, die muss einfach stärker betont werden.“

Ähnlich wichtig sind den Befragten Formen juristischer Unterstützung (80 %) und damit verknüpft bessere Rechtsgrundlagen zum Schutz bei Bedrohungen (67 %). Diesen Wunsch äußern auch Interviewpartner*innen immer wieder:

„[...] Juristische Fragen sind definitiv eine große Unsicherheit – [es wäre wichtig, sich] in Bezug auf Veröffentlichungen, Beantwortung von Anfra-

Abbildung 3. Relevanz von Unterstützungsmöglichkeiten; Antwort „wichtig“ (N=40)¹⁵



¹⁵ Einschätzung auf einer 5er-Skala von „wichtig“ bis „unwichtig“. Hier dargestellt ist nur die Einschätzung der entsprechenden Unterstützungsmöglichkeiten als „wichtig“. Frage im Wortlaut: „Für wie wichtig erachten Sie als Vertreter*in Ihrer Organisation die folgenden Möglichkeiten der Unterstützung im Umgang mit Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffen?“

gen und so weiter [...] nochmal vergewissern zu können, ob man sich weiter reinreitet oder man juristisch auf der sicheren Seite [ist] und auch [wegen] Unkenntnis der Gesetze, auf die man sich berufen kann natürlich.“

Zudem mahnen die Befragten an, dass juristische Unterstützung stärker an den Bedarfen der Betroffenen orientiert sein sollte. Viele fordern eine bessere Strafverfolgung internetbasierter Bedrohungen sowie einen angepassten rechtlichen Rahmen, um im digitalen Raum juristisch handlungsfähiger zu werden. Offensichtlich besteht zudem genereller Beratungsbedarf im Umgang mit Bedrohungslagen – 80% der Befragten erachten diese Form der Unterstützung als wichtig.

In den Interviews wird außerdem der Wunsch nach intensiverer psychologischer Begleitung deutlich:

„An Unterstützungsangeboten fände ich perfekt, wenn man auch mal so eine Art Supervision oder psychologische Unterstützung in Anspruch nehmen könnte, ohne dass man dafür ein bestimmtes Budget verwenden muss. Sondern es wird einfach von, ich sage mal, dem Förderrat zur Verfügung gestellt, weil man sich des Problems einfach bewusst ist.“

Polizeischutz und andere physische Schutzmaßnahmen werden in der quantitativen Befragung insgesamt als weniger wichtig erachtet, wobei hier die konkrete Art der Bedrohung ausschlaggebend ist. Deutlich intensiver thematisieren Projekte die Rolle der Sicherheitsbehörden in den Interviews. Die Befragten wünschen sich eine stärkere Sensibilisierung und Schwerpunktbildung bei Polizei und Staatsanwaltschaften und eine bessere Kooperationsstruktur, etwa durch kontinuierliche Frühwarnsysteme oder eine spezielle Durchwahlnummer zur Meldung zivilgesellschaftlicher Bedrohungen.

Zahlreiche Interviewpartner*innen sprechen sich dafür aus, fortlaufend mit staatlichen Stellen zu kooperieren. Dies betrifft zum einen die Sicherheitsbehörden, von denen sie systematisch über Gefährdungen und „Todeslisten“ informiert werden möchten. Zum anderen wünschen sich Betroffene, dass Einwohnermeldeämter sensibler mit Anträgen

auf Auskunftssperren umgehen, da die Behörden oft unzureichend kooperieren:

„Da wird versucht, hier vor Ort die Meldeadresse zu sperren. Es gab schon diesbezüglich Gespräche mit den Zuständigen in der Behörde und so weiter. Und eigentlich soll das alles auf einem relativ kurzen Weg geschaffen werden und manchen wird das einfach verwehrt. [...] ‚Weisen Sie bitte nach, warum Sie bedroht werden.‘ Das ist schon ziemlich bitter teilweise. Also da reicht nicht, dass man irgendwie kurz skizziert in welchem Themenfeld man arbeitet. Eigentlich ist das so abgemacht auch hier vor Ort. Aber trotzdem wird das dann verwehrt und Leute müssen lange hinterhergehen bis ihre Meldeadresse gesperrt wird.“

Nahezu alle der befragten Projektkoordinator*innen fordern einen stärkeren staatlichen Schutz von Organisationen, die im Bereich gesellschaftliche Vielfalt und Antirassismus tätig sind:

„[Wir wollen,] dass man wirklich schaut, was sind die aktuellen Sicherheitslagen der Vereine und der Migrantenorganisationen. Und ich finde das [ist] schon Aufgabe des Landes, die Einrichtungen [...] zu schützen. Also Schutzpläne zu entwickeln und zu überlegen, was kann man machen, was kann man tun und was ist wichtig.“

Einige kritisieren, dass derzeit eine „ehrliche politische Kommunikation“ fehle. Auch werde in der Praxis nicht schnell und gezielt genug gegen akute Bedrohungslagen vorgegangen, um Radikalisierungsketten zu durchbrechen, wie dieser Vertreter einer jüdischen Stiftung verdeutlicht:

„[Wir erwarten,] dass die Polizei die Bedrohung aus dem rechten Lager ernst nimmt, die Zivilgesellschaft informiert. Und mit ihr zusammen überlegt, was man machen kann [...] neben dieser Kooperation mit den Sicherheitsbehörden [...] ist es natürlich so, dass man auch überlegen kann, [...] inwieweit man bestimmte Praktiken, die verübt werden, auch strafrechtlich, aber nicht nur strafrechtlich, sondern auch gesellschaftlich, mehr verfolgt. [...] Wir wissen ja alle, bis jemand die Waffe in die Hand nimmt und schießt, baut sich in seinem Umfeld in der Regel ein absolutes

aggressives Klima auf. Und wir wünschen uns halt vom Staat, von der Politik, dass man die frühen Formen der Radikalisierung ernst nimmt.“

Ein weiterer, wiederholt geäußerter Wunsch ist der nach finanzieller Unterstützung, sei es in Form eines Fonds für Sicherheitsvorkehrungen oder dadurch, dass Förderprogramme stärker berücksichtigen, dass Projekte auch Sicherheitsmaßnahmen und Fortbildungen zum Thema Bedrohungslagen finanzieren müssen.

Insgesamt kritisieren viele Beteiligte, dass es auf staatlicher Ebene an einem Bewusstsein für Bedrohungslagen und deren Auswirkungen mangelt. Sie führen dies entweder auf Unwissen und fehlende Sensibilisierung zurück, oder auf einen Unwillen, frühe Formen gesellschaftlicher Radikalisierung konsequent ernst zu nehmen und entsprechend zu reagieren. Dies umfasst insbesondere auch die Bekämpfung von Rassismus innerhalb staatlicher Strukturen. Wie staatliche Institutionen konkret unterstützen können, beleuchten wir im Fazit.

6. Fazit und Empfehlungen

Die wissenschaftliche Debatte um „Shrinking Spaces“ fokussiert auf Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume durch staatliche Repression oder mangelhafte staatliche Regulierung. Bedrohungen der Zivilgesellschaft in demokratischen Staaten, die in erster Linie von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen, werden in der Debatte bisher wenig berücksichtigt. Diese Research Note untersuchte nichtstaatliche, konkrete und diffuse Bedrohungen und deren Auswirkungen auf die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen im besonders betroffenen Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Damit ergänzen unsere Ergebnisse die Debatte zur Situation der Zivilgesellschaft in Deutschland um eine bisher wenig berücksichtigte Dimension von „Shrinking Spaces“.

Die Befunde des Kurzprojekts verdeutlichen, dass zivilgesellschaftliche Handlungsräume auch in Deutschland gefährdet sind. Laut der von uns untersuchten zivilgesellschaftlichen Organisationen haben die Bedrohungen ihrer Arbeit in den letzten Jahren zugenommen. Bedrohungen sind weit verbreitet und divers. Zu ihnen zählt neben konkreten Angriffen auf Mitarbeitende und Institutionen auch ein „Klima der Angst“ im Sinne diffuser Bedrohungswahrnehmungen und rechtspopulistischer Stimmungsmache. Dies schließt auch einen latenten Alltagsrassismus gegenüber Mitarbeitenden ein. Zudem nehmen die Befragten immer stärker wahr, dass die AfD zivilgesell-

schaftliche Arbeit durch parlamentarische Anfragen systematisch untergräbt. Insgesamt stammen die Bedrohungen, Angriffe und Anfeindungen zum weitestgrößten Teil aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum. Im Rahmen dieser Forschung bezeichnen wir mit „Shrinking Spaces“, also sich verengende Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Organisationen, deshalb nicht nur den Status Quo, sondern auch die Wahrnehmung der befragten Projekte, dass gesamtgesellschaftliche Entwicklung und rechte Diskursverschiebungen zukünftige Einschränkungen wahrscheinlich machen.

Die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen ist für die Bekämpfung von Rassismus und Rechts extremismus von zentraler Bedeutung. Um sie zu unterstützen und zu stärken, bedarf es eines tiefergehenden Verständnisses der Bedrohungslagen und einer Anerkennung ihrer komplexen Auswirkungen. Insgesamt weisen die Studienergebnisse auf wesentliche Einschränkungen und systematisch erschwerte Arbeitsbedingungen hin. Dies ist auch über die unmittelbar berichteten Auswirkungen hinaus gesamtgesellschaftlich problematisch: Es wird klar, dass die Bedrohungen das Potenzial haben, demokratisches Engagement nachhaltig zurückzudrängen. Dies betrifft insbesondere Organisationen in Engagementbereichen wie „Vielfaltgestaltung“, die für die demokratische Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders wichtig sind.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die von den Teilnehmenden der Studie skizzierten Unterstützungsbedarfe lassen sich in konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik übersetzen, die wir abschließend zusammenfassen:

- Es besteht die Gefahr, dass sich Projekte, die sich für gesellschaftliche Vielfalt und gegen Rassismus einsetzen, langfristig zurückziehen. Um dem entgegenzuwirken, sollte in der Debatte um Rassismus und Rechtsextremismus auch berücksichtigt und erst genommen werden, mit welchen Problemlagen und strukturellen Herausforderungen zivilgesellschaftliche Organisationen konfrontiert sind. Dazu gehört eine verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit für zivilgesellschaftliche Bedrohungslagen ebenso wie politische Rückendeckung und öffentliche Solidarität. Unterstützungsleistungen und Vernetzungen auf der lokalen und regionalen Ebene kommen dabei eine besondere Relevanz zu.
- Auch die juristischen Möglichkeiten zum Schutz und zur Strafverfolgung müssen an die komplexen heutigen Bedrohungslagen angepasst werden. Begegnet werden muss insbesondere den verschiedenen Formen der Anfeindung im digitalen Raum, darunter *Hatespeech*. Allerdings dürften gesetzliche Veränderungen allein nicht ausreichen. Um den Schutz zu verbessern, sollten auch die Sicherheitsbehörden weiter sensibilisiert und der Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Polizei sowie mit der lokalen Politik intensiviert werden.
- Darüber hinaus gilt es, die staatlichen Beschwerdestrukturen und Beratungsangebote auszubauen. Bisher wenden sich Menschen, die Angriffen oder Bedrohungen ausgesetzt sind, überwiegend an Beratungsstellen und Vereine. Die Handlungsspielräume dieser zivilgesellschaftlichen Organisationen sind aber aufgrund der derzeitigen gesetzlichen Regelung und ihrer Ausstattung begrenzt. Dadurch lassen sie tiefgreifende und für die Betroffenen befriedigende Lösungen nicht zu.
- Insgesamt klappt eine große Lücke zwischen den Anforderungen an eine qualifizierte Beratung und Unterstützung von Betroffenen, die an zivilgesellschaftliche Akteure gerichtet werden, und deren Umsetzung. Denn die Vereine und Beratungsstellen müssen mit prekärer Unterfinanzierung zeitgleich eine fachliche Beratung aufbauen, umsetzen, evaluieren, weiterentwickeln und gegen Angriffe absichern. Auch hier bestehen erhebliche staatliche Unterstützungsbedarfe – gerade auch, um zivilgesellschaftliche Beratungsstellen zu stärken, die sich selbst Bedrohungen ausgesetzt sehen.
- Auch wenn die Aufmerksamkeit dafür gewachsen ist, dass prodemokratische, vielfaltsfördernde Kräfte bedroht werden, sind wir noch weit davon entfernt, die Bedrohungslagen als gesellschaftliche Realität zu begreifen. Die Ergebnisse der vorliegenden Research Note zeigen, dass engagierte Organisationen und ihre Mitarbeitenden wirksame und konsequente Unterstützung brauchen. Nur so lässt es sich verhindern, dass die unmittelbaren und mittelbaren Angriffe zu einem nachhaltigen Rückzug zivilgesellschaftlichen Engagements führen.

LITERATURVERZEICHNIS

- **Amadeu Antonio Stiftung (2020):** Tweet anlässlich der Tagung „Hassgewalt begegnen – Betroffene stärken“ des Opferfonds Cura der Amadeu Antonio Stiftung. Online verfügbar unter: <https://twitter.com/amadeuantonio/status/1228007781355204609>, zuletzt geprüft am 13.02.2021.
- **Anheier, Helmut und Toepler, Stefan (2020):** Zivilgesellschaft zwischen Repression und Vernachlässigung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33 (2), S. 587–600.
- **Anheier, Helmut; Lang, Markus und Toepler, Stefan (2019):** Civil society in times of change. Shrinking, changing and expanding spaces and the need for new regulatory approaches. *Economics*, 13 (2019–8), S. 1–27.
- **Aytaç, S. Erdem, Schiumerini, Luis und Stokes, Susan (2017):** Protests and Repression in New Democracies. *Perspectives on Politics* 15 (1), S. 62–82.
- **BAG – Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (2018):** Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten eines erstarkenden Rechtspopulismus. Berlin: BAG.
- **Bochentín, Christoph (2011):** Die Extremismusklausel. Eine Chronik in zwei Teilen. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung. Online verfügbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2011/08/chronik_extremismusklausel.pdf, zuletzt geprüft am 13.02.2021.
- **Bohn, Irina (2019):** Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit* 1, S. 86–101.
- **Bohn, Irina; Korn, Anna; Hallmann, Julia; Karpf, Michael; Manstetten, Ruth; Saßmannshausen, Jan; Volf, Irina; Waibel, Max; Behn, Sabine; Karliczek, Kart-Maria; Köhler, Jonas; und Schnarr, Daniel (2019):** Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015–31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben!“. Frankfurt am Main/Berlin: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. und Camino gGmbH.
- **della Porta, Donatella und Steinhilper, Elias (2021):** Shrinking spaces for migrant solidarity. An introduction. In: della Porta, Donatella und Steinhilper, Elias (Hrsg.): Contentious migrant solidarity. Shrinking spaces and civil society contestation. London: Routledge, S. 1–18.
- **Deutscher Bundestag, Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (2016):** Öffentliche Anhörung „Schutz von Menschenrechtsverteidigern“, 28. September 2016, online verfügbar unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/485906/a6b79a8368cef1e5071599c80f91c11b/stellungnahme_froehly-data.pdf, zuletzt geprüft am 11.02.2022.
- **Bundesregierung (2021):** Abschlussbericht des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, veröffentlicht am 12.05.2021, online verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/abschlussbericht-kabinettausschuss-rechtsextremismus.html>, zuletzt geprüft am 21.02.2022.
- **Fielitz, Maik und Marcks, Holger (2020):** Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus. Berlin: Duden Verlag.
- **Foroutan, Naika (2019).** Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: Transcript.
- **Forum Menschenrechte, Forum Umwelt und Entwicklung, VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen, Konsortium ZFD, Amnesty International, Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung, Medica Mondiae, Medico International, Misereor, Oxfam, Reporter ohne Grenzen und Welthungerhilfe. (2016):** Zivilgesellschaftliches Engagement weltweit in Gefahr. *Diskussionspapier* 10.
- **Geiselberger, Heinrich (Hrsg.) (2017):** Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp.

- **Geschke, Daniel; Klaßen, Anja; Quent, Matthias und Richter, Christoph (2019):** #Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- **Grande, Edgar (2018):** Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31 (1–2), S. 52–60.
- **Hayes, Ben; Barat, Frank; Geuskens, Isabelle; Buxton, Nick; Dove, Fiona; Martone, Francesco; Twomey, Hannah und Karaman, Semanur (2017):** On „shrinking space“. A framing paper. *Issue Brief Shrinking Space* April 2017. Amsterdam: Transnational Institute, online verfügbar unter: https://www.tni.org/files/publication-downloads/on_shrinking_space_2.pdf, zuletzt geprüft am 11.02.2022.
- **Henninger, Annette, Bergold-Caldwell, Denise; Grubner, Barbara; Krüger-Kirn, Helga; Maurer, Susanne; Näser-Lather, Marion und Beaufays Sandra (2021):** Mobilisierungen gegen Feminismus und „Gender“. Erscheinungsformen, Erklärungsversuche und Gegenstrategien. *GENDER Special Issue* 6.
- **Hummel, Siri (2020):** Shrinking Spaces? Contested Spaces! Zum Paradox im zivilgesellschaftlichen Handlungsraum. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33 (2), S. 649–670.
- **Hutter, Swen; Teune, Simon; Daphi, Priska; Nikolas, Ana-Maria; Schäfer, Ines; Sommer, Moritz; Steinhilper, Elias und Zajak, Sabrina (2021):** Die Zivilgesellschaft in der Krise. Einblicke aus einer Organisationsbefragung zu den Herausforderungen der COVID-19 Pandemie. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33 (2), S. 281–292.
- **Kocyba, Piotr und Lewicki, Aleksandra (2020):** Shrinking Spaces für die Zivilgesellschaft. Aktivismus unter illiberalen Vorzeichen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33 (2), S. 561–570.
- **Koopmans, Ruud und Olzak, Susan (2004):** Discursive opportunities and the evolution of right-wing violence in Germany. *American Journal of Sociology* 110 (1), S. 198–230.
- **Mudde, Cas (2016):** Europe’s Populist Surge. A Long Time in the Making. *Foreign Affairs* 95 (6), S. 25–30.
- **Mudde, Cas (2019):** The far right today. Cambridge: Polity.
- **Müller, Kai (2011):** Das Kartell der Verharmloser. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- **Mullis, Daniel (2020):** Protest in Zeiten von Covid-19. Zwischen Versammlungsverbot und neuen Handlungsoptionen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33 (2), S. 528–543.
- **Quent, Matthias; Geschke, Daniel, und Peinelt, Eric (2014):** Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei. Neudietendorf: ezra.
- **Quent, Matthias, Schmidtke, Franziska, und Salheiser, Axel (2016):** Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- **Rucht, Dieter (2018):** Mobilization against refugees and asylum seekers in Germany. A social movement perspective. In: Rosenberger, Sieglinde; Merhaut, Nina und Stern, Verena (Hrsg.): *Protest movements in asylum and deportation*. Cham: Springer, S. 225–245.
- **Rutzen, Douglas (2015):** Civil Society Under Assault. *Journal of Democracy* 26 (4), S. 28–39.
- **Schroeder, Wolfgang; Greef, Jennifer; Elsen, Jennifer Ten und Heller, Lukas (2020):** Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster. *OSB-Arbeitsheft*. Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung, S. 170.
- **Skibo, Daria (2016):** Analyse: „Ausländischer Agent“. Wie könnte man in Russland unter dem Druck des Gesetzes überleben. Bundeszentrale für Politische Bildung. Online verfügbar unter: <https://m.bpb.de/internationales/europa/russland/analysen/236076/analyse-auslaendischer-agent>, zuletzt geprüft am 11.02.2022.
- **Steinhilper, Elias und Sommer, Moritz (im Erscheinen):** Lokale Konflikt dynamiken in der Migrationsgesellschaft. Ergebnisse einer Protestereignisanalyse in zwei ostdeutschen Mittelstädten. *DeZIM-Research Notes*. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.
- **Strachwitz, Rupert Graf (2019a):** Der »shrinking civic space« ist in Deutschland angekommen. München: Maecenata Stiftung.
- **Strachwitz, Rupert Graf (2019b):** Attac ohne Gemeinnützigkeit: Ein Angriff auf die Zivilgesellschaft. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2019, S. 9–12.

- **Teune, Simon (2016):** Rechtsradikale Zivilgesellschaft—Contradictio in adiecto? *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 21 (4), S. 17–22.
- **Toepler, Stefan; Zimmer, Anette; Fröhlich, Christian und Obuch, Katharina (2020):** The changing space for NGOs. Civil society in authoritarian and hybrid regimes. *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 31 (4), S. 649–662.
- **Van den Berg, Clara; Grande, Edgar und Hutter, Swen (2020):** Was wird aus dem harten Kern? Auswirkungen der Corona-Krise auf das Engagement für Geflüchtete. *Voluntaris* 8 (2), S. 226–242.

ÜBER DIE AUTOR*INNEN

Moritz Sommer

Moritz Sommer ist Politischer Soziologe mit den Schwerpunkten Protest und soziale Bewegungen sowie gesellschaftliche Polarisierung. Er studierte Politikwissenschaften und Soziologie in Münster, Enschede, London und Berlin und promovierte am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin. Seit 2020 arbeitet er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Konsens und Konflikt“ am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin. Seine Arbeiten sind in nationalen und internationalen Fachzeitschriften wie dem Journal of Common Market Studies (JCMS), dem Journal of Civil Society und der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie erschienen. Zuletzt gab er zusammen mit Sebastian Haunss den Band „Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel“ im Transcript Verlag heraus. Moritz Sommer ist Vorstandsmitglied des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung e.V. und Mitherausgeber des Forschungsjournals Soziale Bewegungen (FJSB).

Dr. Nora Ratzmann

Dr. Nora Ratzmann studierte Europäische Studien, Sozialpolitik (mit Schwerpunkt Entwicklung) und Internationale Beziehungen an den Universitäten Osnabrück, Montréal, Oxford und der London School of Economics. Zwischen 2012 und 2015 arbeitete sie zu Fragen der Migrations- und Sozialpolitik am Politikforschungsinstitut RAND Europe, dem UNESCO-zugehörigen Institut für Bildungsplanung und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Von 2015 bis 2019 untersuchte sie im Rahmen ihrer Promotion am LSE-internen Internationalen Institut für Ungleichheitsforschung Zugangsbarrieren zur deutschen Grundsicherung für EU-Bürger*innen als Form informeller Grenzregime. Danach arbeitete sie am Jahresgutachten 2020 des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Migration und Integration zum Thema EU-Afrikabeziehungen mit und spezialisierte sich auf die Analyse verschiedener Formen von Diaspora-Politiken. Am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) beschäftigt sie sich mit den Aushandlungsprozessen sozialer Rechte für Migrant*innen in Deutschland sowie mit Diskriminierung in der Arbeitsverwaltung.

IMPRESSUM

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2022
Alle Rechte vorbehalten.

Sommer, Moritz und Ratzmann, Nora (2022):

Bedrohte Zivilgesellschaft. Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DeZIM Research Notes 10, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

DeZIM Research Notes geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Herausgeber



Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.

Mauerstraße 76
10117 Berlin

+49 (0)30 200 754 130

presse@dezim-institut.de

www.dezim-institut.de

Autor*innen

Moritz Sommer und Nora Ratzmann

Schlussredaktion

Maren Seidler

Lektorat

Daniela Turß

Layout & Satz

neonfisch.de

Druck

Oktoberdruck GmbH

ISBN

978-3-948289-17-1

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) ist eine Forschungseinrichtung, die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird. Es forscht zu den Themenfeldern Integration und Migration, Konsens und Konflikt sowie gesellschaftliche Teilhabe und Rassismus. Das DeZIM stützt sich auf zwei Säulen: das DeZIM-Institut und die DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Es wurde 2017 gegründet und hat seinen Sitz in Berlin-Mitte.

Gefördert vom:

